



## **I. Allgemeines und Geltungsbereich**

1. Sämtlichen mit unseren Lieferanten und Auftragnehmern (fortan "Lieferant" oder auch "Lieferanten") geschlossenen Verträgen liegen ausschließlich die folgenden allgemeinen Einkaufsbedingungen (fortan nur noch "Einkaufsbedingungen") zugrunde; hiervon abweichende oder ergänzende Bedingungen unserer Lieferanten werden, auch im Falle unserer Kenntnis, nicht Vertragsbestandteil, es sei denn, wir hätten ausdrücklich schriftlich ihrer Geltung zugestimmt. Unsere Einkaufsbedingungen gelten auch dann, wenn wir in Kenntnis entgegenstehender oder von unseren Einkaufsbedingungen abweichender Bedingungen des Lieferanten dessen Lieferung oder Leistung (fortan nur noch "Lieferung" oder "Lieferungen") vorbehaltlos annehmen.
2. Wir sind zu einer nachträglichen Anpassung dieser Einkaufsbedingungen in laufenden Verträgen berechtigt. Die Anpassung wird erst dann wirksam, wenn der Lieferant der Anpassung zugestimmt hat oder seine Zustimmung nach Maßgabe der nachfolgenden Sätze als erteilt gilt. Wir werden dem Lieferanten die neuen Einkaufsbedingungen spätestens zwei Monate vor dem vorgesehenen Zeitpunkt ihres Wirksamwerdens in Textform mitteilen und dem Lieferanten zugleich die geänderten Ziffern nennen. Die Zustimmung zu der Geltung der neuen Einkaufsbedingungen gilt als erteilt, wenn der Lieferant uns seine Ablehnung nicht vor dem vorgesehenen Zeitpunkt des Wirksamwerdens angezeigt hat. Auf diese Genehmigungswirkung werden wir den Lieferanten in unserer Mitteilung besonders hinweisen.
3. Unsere Einkaufsbedingungen gelten auch ausschließlich für alle künftigen Verträge mit dem Lieferanten im Rahmen der zwischen dem Lieferanten und uns bestehenden Geschäftsbeziehungen.

## **II. Angebot, Vertragsunterlagen und beige stellte Sachen**

1. Unsere Bestellungen sind freibleibend und unverbindlich; wir können sie bis zur schriftlichen Annahmeerklärung durch den Lieferanten jederzeit widerrufen. Dies gilt nicht wenn wir die Bestellung als verbindliche Festbestellung bezeichnet haben.

# Allgemeine Einkaufsbedingungen

## CHS Containerhandel GmbH



2. Angebote hat der Lieferant für uns unverbindlich und unentgeltlich einzureichen.
3. Mit dem Vertragsschluss verpflichtet sich der Lieferant zugleich, uns unverzüglich eine Freistellungsbescheinigung im Sinne des Einkommensteuergesetzes vorzulegen.
4. An Abbildungen, Zeichnungen, Berechnungen und sonstigen Unterlagen (fortan "Unterlagen") behalten wir uns, auch soweit sie nach unseren Angaben von Lieferanten erstellt worden sind, sämtliche Eigentums- und Urheberrechte vor. Der Lieferant darf die Unterlagen ausschließlich für die Durchführung des Vertrages verwenden; nach Abwicklung des Vertrages sind die Unterlagen uns unaufgefordert und kostenlos zurückzusenden oder endgültig zu löschen. Dritten darf der Lieferant die Unterlagen nicht verschaffen; zudem hat er die erforderlichen Schritte zu unternehmen, um ein unzulässiges Bekanntwerden der Unterlagen zu verhindern.
5. Von uns beigestellte Sachen werden in unserem Auftrage be- und verarbeitet und bleiben in jeder Be- und Verarbeitungsstufe unser Eigentum. Bei der Verarbeitung mit anderen, uns nicht gehörenden Sachen steht uns das Miteigentum an der neu hergestellten Sache in dem Verhältnis zu, in dem der Wert unserer Beistellung zum Wert aller bei der Herstellung verwendeten Sachen sowie der Aufwendungen des Lieferanten für deren Verarbeitung steht. Insoweit verwahrt der Lieferant die Sachen unentgeltlich für uns. Das gleiche gilt, wenn unser Eigentum durch Vermischung oder Verbindung untergehen sollte.

### III. Liefergegenstand

1. Der Lieferant hat seine Lieferungen in handelsüblicher Güte, fabrikneu und dem jeweiligen Produkt entsprechend verpackt zu erbringen und an der vereinbarten Empfangs-/ Verwendungsstelle termingerecht anzuliefern. Sofern und soweit in der Bestellung keine weitergehenden Anforderungen festgelegt werden, gewährleistet der Lieferant, die Lieferung in handelsüblicher Güte und – soweit

# Allgemeine Einkaufsbedingungen

## CHS Containerhandel GmbH



anwendbare DIN-, VDE-, VDI oder ihnen gleichzusetzende Normen bestehen – auch in Übereinstimmung mit diesen Normen zu erbringen.

2. Bei Verträgen, die Software- und Beratungsleistungen (mit-)beinhalten sowie bei Änderungen derartiger Verträge, hat der Lieferant mit uns unverzüglich ein Pflichtenheft zu vereinbaren, in dem die vom Lieferanten zu erbringenden Lieferungen im Einzelnen festgelegt werden. Die Vertragsparteien klären vor Vertragsabschluss, ob das jeweilige Pflichtenheft vor oder nach Vertragsabschluss vom Lieferanten zu erstellen ist.
3. Wenn Software speziell für uns entwickelt worden ist, verpflichtet sich der Lieferant zur Herausgabe der Programmunterlagen, insbesondere des Source-Codes.
4. Der Lieferant hat Eigentums- und etwa bestehende Schutzrechte an den uns gelieferten Gegenständen unverzüglich für den jeweiligen Liefergegenstand an uns zu übertragen. Bereits mit der Lieferung hat uns der Lieferant - soweit nicht zwingende gesetzliche Normen entgegenstehen - ein ausschließliches Nutzungsrecht, welches den vertragsgemäß vorausgesetzten Gebrauch an dem Liefergegenstand entspricht und ermöglicht, zu übertragen.

#### **IV. Preise und Zahlungsbedingungen**

1. Der in der Bestellung ausgewiesene Preis ist bindend und schließt, sofern wir mit dem Lieferanten nicht ausdrücklich etwas anderes vereinbart haben, Lieferung frei der vereinbarten Empfangs-/ Verwendungsstelle „DDP“ (INCOTERMS 2010) ein.
2. Die gesetzliche Umsatzsteuer ist im Preis enthalten. Die Preise schließen zudem die Vergütung für alle dem Lieferanten übertragenen Lieferungen (einschließlich erforderlicher Zertifikate, Zeichnungen, Bewertungen etc. in der vereinbarten Sprache) ein.
3. Etwaige Zusatzleistungen sind von uns nur dann zu vergüten, falls wir diese mit dem Lieferanten vor Beginn der Arbeiten ausdrücklich vereinbart haben.



4. Rechnungen sind der Sendung nicht beizufügen, sondern getrennt in zweifacher Ausfertigung bei uns einzureichen. Rechnungen können wir nur bearbeiten, wenn diese – entsprechend den Vorgaben in unserer Bestellung – die dort ausgewiesene Bestell- und Auftragsnummer, Liefermenge und Lieferanschrift angeben. Der Lieferant hat die Umsatzsteuer in seiner Rechnung in der zur Zeit der Lieferung geltenden gesetzlichen Höhe gesondert auszuweisen. Fehlen diese Angaben, sind sie unrichtig oder unvollständig, wird der Rechnungsbetrag nicht zur Zahlung fällig. Für alle wegen Nichteinhaltung dieser Verpflichtung entstehenden Folgen ist der Lieferant verantwortlich, soweit er nicht nachweist, dass er diese nicht zu vertreten hat.
5. Der Lieferant verpflichtet sich in sämtlichen Rechnungen, neben der Umsatzsteuer- Identifikationsnummer auch die ihm von seinem zuständigen Finanzamt mitgeteilte Steuernummer deutlich sichtbar aufzunehmen.
6. Wir bezahlen, sofern wir mit dem Lieferanten nicht etwas anderes ausdrücklich vereinbart haben, den Kaufpreis nach Lieferung und Rechnungserhalt nach unserer Wahl innerhalb von 14 Kalendertagen abzüglich 3 % Skonto oder innerhalb von 30 Kalendertagen netto.

### **V. Lieferung, Transportversicherung und Vertragsstrafe**

1. Die in der Bestellung oder unserer Auftragsbestätigung angegebene Lieferzeit ist bindend. Sofern wir mit dem Lieferanten nicht ausdrücklich etwas anderes vereinbart haben, muss der Lieferant die Lieferung gem. „DDP“ (INCOTERMS 2010) erbringen.
2. Wir sind nicht zur Abnahme von nicht vereinbarten Teil-, Mehr- oder Minderlieferungen verpflichtet. Maßgeblich sind die spezifizierten Maße und Gewichte, wie sie sich beim Eingang der Ware darstellen.
3. Am Tag der Versendung der Lieferung hat der Lieferant uns eine Versandanzeige in einfacher Ausfertigung mit Angabe unserer Bestellnummer, Versandmenge und der genauen Warenbezeichnung zu übermitteln. Jeder Sendung ist ein Packzettel in neutraler Form beizufügen, der die gleichen Angaben wie die Versandanzeige zu enthalten hat. Fehlt der Packzettel, sind

# Allgemeine Einkaufsbedingungen

## CHS Containerhandel GmbH



wir berechtigt, die Entgegennahme der Sendung auf Kosten des Lieferanten zu verweigern bzw. den uns dadurch entstehenden Mehraufwand dem Lieferanten in Rechnung zu stellen. Verzögerungen in der Bearbeitung sind nicht von uns zu vertreten.

4. Der Lieferant ist verpflichtet, uns unverzüglich schriftlich in Kenntnis zu setzen, wenn Umstände eintreten oder ihm erkennbar werden, aus denen sich ergibt, dass die Lieferzeit nicht eingehalten werden kann.
5. Der Lieferant ist verpflichtet, auf seine Kosten eine Transportversicherung abzuschließen.
6. Bei einer Überschreitung der Lieferzeit hat der Lieferant uns eine Vertragsstrafe in Höhe von 0,1 % des vereinbarten Preises der verspäteten Lieferung für jeden Kalendertag, mit der der Lieferant in Verzug ist, zu zahlen, jedoch maximal 5% des vereinbarten Preises der verspäteten Lieferung. Wir können den Vorbehalt der Vertragsstrafe bis zur Schlusszahlung geltend machen.

Wir behalten uns im Übrigen die Geltendmachung aller uns nach dem Gesetz zustehenden Rechte und Ansprüche wegen eines Verzuges des Lieferanten vor. Eine verwirkte Vertragsstrafe wird auf einen Schadensersatzanspruch angerechnet, soweit Vertragsstrafe und Schadensersatzanspruch das gleiche Interesse schützen.

7. Fälle höherer Gewalt (unvorhergesehene, von uns unverschuldete Umstände und Vorkommnisse, die wir auch mit der Sorgfalt eines ordentlichen Kaufmannes nicht hätten vermeiden können, z.B. Arbeitskämpfe, Krieg, Feuer, Transporthindernisse, Rohmaterialmangel, behördliche Maßnahmen, Naturkatastrophen oder Aussperrungen), die uns eine Abnahme unmöglich machen, berechtigen uns, die Abnahme entsprechend hinauszuschieben und schließen Annahmeverzug aus. Wenn die Behinderung länger als drei Monate dauert, ist der Lieferant nach angemessener Nachfristsetzung berechtigt, hinsichtlich des noch nicht erfüllten Teils vom Vertrag zurückzutreten. Unsere Befugnis zum Rücktritt vom Vertrag richtet sich nach den gesetzlichen Bestimmungen.



8. Der Lieferant kann nur aufrechnen, wenn seine Gegenansprüche rechtskräftig festgestellt oder unbestritten sind. Diese Einschränkung gilt auch für die Geltendmachung von Zurückbehaltungs- und Leistungsverweigerungsrechten durch den Lieferanten.

## **VI. Fertigungs- und Endkontrolle, Mängeluntersuchung und Gewährleistung**

1. Wir behalten uns vor, während der Fertigung und vor der Lieferung die Qualität des vom Lieferanten verwendeten Materials, die Mess- und Mengengenauigkeit der hergestellten Teile sowie die Einhaltung sonstiger Vorschriften im Werk des Lieferanten zu prüfen. Der Lieferant gestattet uns hiermit zum Zwecke der genannten Prüfung unwiderruflich, seine Geschäfts- und Lagerräume ungehindert zu betreten.
2. Wir behalten uns zudem vor, eine Endkontrolle des fertig gestellten Liefer- und Leistungsgegenstandes im Werk des Lieferanten durch uns oder durch einen von uns beauftragten Dritten durchzuführen. Ziffer VI.1. Satz 2 gilt hierfür entsprechend. Die Kosten derartiger Überprüfungen gehen – mit Ausnahme der Kosten für das von uns entsandte Personal – zu Lasten des Lieferanten. Für den Beginn von Verjährungs- und Rügefristen sowie den Gefahrübergang bleibt jedoch weiterhin die Anlieferung an der vereinbarten Empfangs-/Verwendungsstelle entscheidend.
3. Sind wir nach Gesetz zur Prüfung der erhaltenen Lieferung verpflichtet, werden wir dem Lieferanten offene Mängel der Lieferung unverzüglich schriftlich anzeigen, sobald sie nach den Gegebenheiten eines ordnungsgemäßen Geschäftsablaufs festgestellt werden. Die Anzeige ist noch unverzüglich, wenn wir sie spätestens innerhalb von 10 Kalendertagen nach Eingang der Lieferung bei uns absenden. Verdeckte Mängel sind rechtzeitig gerügt, wenn wir die Mitteilung innerhalb von 10 Kalendertagen nach Entdeckung des Mangels absenden.
4. Die gesetzlichen Mängelansprüche und Rechte stehen uns ungekürzt zu; in jedem Fall sind wir berechtigt, vom Lieferanten nach unserer Wahl



Mangelbeseitigung oder Lieferung einer neuen mangelfreien Sache zu verlangen.

5. Kommt der Lieferant seinen Verpflichtungen aus der Mängelhaftung innerhalb einer von uns gesetzten angemessenen Frist nicht nach, können wir die erforderlichen Maßnahmen auf seine Kosten und Gefahr selbst treffen oder von Dritten treffen lassen. Dieses Recht steht uns auch dann zu, wenn es uns wegen besonderer Dringlichkeit nicht möglich ist, dem Lieferanten eine Nachfrist zu setzen; in diesem Fall werden wir den Lieferanten vor Beseitigung des Mangels hierüber unterrichten.
6. Die Verjährungsfrist für Ansprüche wegen Mängeln der Lieferungen - gleich aus welchem Rechtsgrund - beträgt 36 Monate. Diese Frist gilt auch, soweit Ansprüche mit einem Mangel nicht im Zusammenhang stehen. Längere gesetzliche Verjährungsfristen bleiben ebenso unberührt wie die Vorschriften über den Verjährungsbeginn, die Ablaufhemmung, die Hemmung und den Neubeginn von Fristen.

## **VII. Unsere Schadensersatzhaftung**

1. Unsere Haftung auf Schadenersatz, gleich aus welchem Rechtsgrund, insbesondere auch aus Unmöglichkeit, Verletzung von Pflichten bei Vertragsverhandlungen oder unerlaubter Handlung, ist nach Maßgabe dieser Ziffer VII. eingeschränkt.
2. Wir haften unbeschränkt nach dem Produkthaftungsgesetz, bei arglistigem Verschweigen eines Mangels, für Schäden aus der Verletzung des Lebens, des Körpers oder der Gesundheit, bei Vorsatz oder soweit wir eine Garantie übernommen haben. Bei grober Fahrlässigkeit haften wir nur beschränkt auf den vorhersehbaren, vertragstypischen Schaden.
3. Bei der nur fahrlässigen Verletzung wesentlicher Rechte oder Pflichten, die sich nach dem Inhalt und Zweck des Vertrages ergeben, haften wir ebenfalls nur beschränkt auf den vorhersehbaren, vertragstypischen Schaden.
4. Außer in den in Ziffer VII. 2 und 3. genannten Fällen haften wir für Schäden, die durch einfache Fahrlässigkeit verursacht wurden, nicht.



5. Soweit die Schadensersatzhaftung uns gegenüber ausgeschlossen oder eingeschränkt ist, gilt dies auch im Hinblick auf eine persönliche Schadensersatzhaftung unserer Arbeitnehmer, Mitarbeiter und Vertreter.

## **VIII. Produkthaftung, Freistellung und Haftpflichtversicherungsschutz**

1. Werden wir aufgrund in- oder ausländischer Produkthaftungsregelungen in Anspruch genommen, ist der Lieferant verpflichtet, uns auf erstes Anfordern insoweit von Ersatzansprüchen Dritter freizustellen, soweit der Lieferant für den die Haftung auslösenden Produktfehler verantwortlich ist. Der Lieferant wird gelieferte Gegenstände so kennzeichnen, dass sie dauerhaft als seine Produkte erkennbar sind. Die gesetzlichen Regelungen über einen Gesamtschuldnerausgleich bleiben unberührt.
2. Im Rahmen seiner Haftung im Sinn der Ziffer IX. 1. ist der Lieferant auch verpflichtet, etwaige Aufwendungen, z.B. gemäß §§ 683, 670 BGB oder gemäß §§ 830, 840, 426 BGB, zu erstatten, die sich aus oder im Zusammenhang mit einer von uns durchgeführten Rückrufaktion ergeben. Über Inhalt und Umfang der durchzuführenden Rückrufmaßnahmen werden wir den Lieferanten – soweit möglich und uns zumutbar – unterrichten und ihm Gelegenheit zur Stellungnahme geben. Wir behalten uns zudem die Geltendmachung aller uns nach dem Gesetz zustehenden Rechte und Ansprüche wegen eines Produktfehlers der Lieferung vor.
3. Der Lieferant verpflichtet sich, eine Produkthaftpflicht-Versicherung, die auch die Kosten einer eventuellen Rückrufaktion umfasst, mit einer Deckungssumme von EUR 10 Mio. pro Personenschaden/Sachschaden – pauschal – während der Dauer dieses Vertrages, mindestens aber bis zum jeweiligen Ablauf der Gewährleistungszeit für die Lieferung, zu unterhalten. Der Lieferant ist verpflichtet, uns der Abschluss der Versicherung unaufgefordert nachzuweisen. Auf unser Verlangen hat der Lieferant uns auch das Bestehen der Versicherung und die Zahlung der Prämien nachzuweisen. Stehen uns weitergehende Schadensersatzansprüche zu, so bleiben diese unberührt.





## **IX. Übernahme Beschaffungsrisiko**

Der Lieferant steht für die Beschaffung der für die Lieferung/-Leistung erforderlichen Zulieferungen und Leistungen ein (volle Übernahme des Beschaffungsrisikos).

## **X. Schutzrechte**

1. Der Lieferant gewährleistet, dass durch oder im Zusammenhang mit seiner Lieferung keine Rechte Dritter innerhalb der Bundesrepublik Deutschland, Ländern in denen er den Liefergegenstand oder Teile davon herstellt oder herstellen lässt und Länder von denen der Lieferant erkennen konnte, dass wir die erworbenen Produkte dort vertreiben, verletzt werden.
2. Werden wir von einem Dritten wegen eines Verstoßes gegen ein Schutzrecht im Sinne von Ziffer XI 1. in Anspruch genommen, so ist der Lieferant verpflichtet, uns auf erstes schriftliches Anfordern von diesen Ansprüchen freizustellen. Wir sind in einem solchen Fall auch berechtigt, auf Kosten des Lieferanten von dem Inhaber des Rechts die erforderliche Genehmigung zu erwirken, wenn und soweit der Lieferant uns diese nicht innerhalb einer von uns gesetzten angemessenen Frist beschafft und die Kosten hierfür nicht die von dem Lieferanten nach Satz 1 zu tragenden Ansprüchen übersteigen würden. Das Vorstehende gilt nicht, wenn der das fremde Recht verletzende Teil des Liefergegenstandes von uns stammt oder von uns gestellt wurde.
3. Die Freistellungspflicht des Lieferanten bezieht sich auch auf alle Aufwendungen, die uns aus oder im Zusammenhang mit der Inanspruchnahme durch einen Dritten und deren Abwehr notwendigerweise erwachsen.

## **XI. Datenschutz, Sicherheit und Geheimhaltung**

1. Wir sind berechtigt, die unseren Lieferanten betreffenden Daten EDV- mäßig zu speichern und diese Daten nach Maßgabe der gesetzlichen Bestimmungen für unsere betrieblichen Zwecke zu verarbeiten und einzusetzen.



2. Der Lieferant muss unsere Sicherheitsanweisung sowie bei VS-Aufträgen (Verschlusssachen) das Handbuch für den Geheimschutz in der Wirtschaft des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie in seiner jeweils gültigen Fassung strikt einhalten.

## **XII. Ersatzteile**

1. Der Lieferant ist verpflichtet, Ersatzteile zu den uns gelieferten Produkten für einen Zeitraum von mindestens fünf Jahre nach der Lieferung vorzuhalten.
2. Beabsichtigt der Lieferant, die Produktion von Ersatzteilen für die an uns gelieferten Produkte einzustellen, wird er uns dies unverzüglich nach der Entscheidung über die Einstellung mitteilen.

## **XIII. Gerichtsstand, Erfüllungsort und anwendbares Recht**

1. Ist der Lieferant Kaufmann, juristische Person des öffentlichen Rechts oder öffentlich-rechtliches Sondervermögen, ist ausschließlicher Gerichtsstand für alle Streitigkeiten aus oder im Zusammenhang mit dem Vertragsverhältnis Bremen. Dasselbe gilt, wenn der Kunde keinen allgemeinen Gerichtsstand in Deutschland hat oder nach Vertragsschluss seinen Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthaltsort ins Ausland verlegt oder Wohnsitz oder gewöhnlicher Aufenthalt im Zeitpunkt der Klageerhebung nicht bekannt sind. Wir behalten uns jedoch das Recht vor, den Kunden an seinem allgemeinen Gerichtsstand zu verklagen.
2. Sofern wir mit dem Lieferanten nicht ausdrücklich etwas anderes vereinbart haben, ist Erfüllungsort für sämtliche vom Lieferanten zu erbringenden Lieferungen/Leistungen die vereinbarte Empfangs-/ Verwendungsstelle.
3. Es gilt das Recht der Bundesrepublik Deutschland. Die Anwendung des Übereinkommens der Vereinten Nationen über Verträge über den internationalen Warenkauf (CISG) ist ausgeschlossen.



## **XIV. Schlussbestimmungen**

1. Sollten einzelne Bestimmungen des zwischen uns und dem Lieferanten geschlossenen Vertrages unwirksam oder nichtig sein oder werden, so wird hierdurch die Wirksamkeit des Vertrages im Übrigen nicht berührt. Die unwirksame oder nichtige Bestimmung gilt als durch eine solche Bestimmung ersetzt, welche dem wirtschaftlichen Sinn und Zweck der unwirksamen oder nichtigen Bestimmung in rechtswirksamer Weise am nächsten kommt. Die vorstehende Regelung gilt entsprechend bei Regelungslücken.
2. Sollten einzelne Klauseln dieser allgemeinen Einkaufsbedingungen unwirksam sein oder werden, gelten abweichend von dem unter Ziffer XIV. 1 Gesagten die §§ 306 Abs. 1 und 2 BGB.
3. Der Lieferant ist nicht berechtigt, die ihm gegen uns zustehenden Forderungen an Dritte abzutreten. § 354a HGB bleibt von dieser Regelung unberührt. Der Lieferant ist ebenfalls nicht berechtigt, den Vertrag oder Teile davon ohne unsere vorherige ausdrückliche Zustimmung auf Dritte zu übertragen.
4. Keine Handlung von uns, außer einer ausdrücklichen Verzichtserklärung, stellt einen Verzicht auf ein uns aus dem Vertrag, diesen Einkaufsbedingungen oder dem Gesetz zustehendes Recht dar. Ein Verzug bei der Wahrnehmung unserer Rechte gilt ebenfalls nicht als Verzicht auf das betroffene Recht. Ein einmaliger Verzicht auf ein Recht gilt nicht als Verzicht auf dieses Recht bei einer anderen Gelegenheit.